

Wossische



Zeitung

10 Pfennig

Gründet

1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Verlags-, Erscheinsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe angeführt.

Verlag Ullstein, Chefredakteur I. V. Julius Eilbau.
Verantwortl. f. d. Gesamthalt des. Handelsteil I. V. Karl-Wolfgang
Philipp, Berlin. Für Rückk. unvers. Manusk. ist Porto beizufügen.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600-3605,
für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3606-3608. Telegramm-
Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postfachkonto Berlin 695.

Riefenaufträge der Reichsbahn

Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

Den Aufträgen der Post im Ausmaß von 200 Millionen folgt jetzt ein noch größeres Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsbahn. Die Reichsbahn hat sich in den Verhandlungen mit dem Reichsverkehrsminister bereit erklärt, möglichst noch im Jahre 1930 für 350 Millionen neue Aufträge herauszubringen. Ein Teil der für Finanzierung dieses Programms erforderlichen Geldmittel ist durch Begebung von Prozentigen Reichsbahn-Schuldenscheinen aufgebracht worden. Die Emission der Reichsbahnscheine wurde zu einem großen Erfolg, der auf die öffentliche Meinung auflegte Betrag wurde fast zu 15 v. H. überzogen.

Demit ist die Reichsbahn in die Lage versetzt worden, die bisherige starke Reduzierung ihrer schätzlichen Aufwendungen einzustellen. Neue Aufträge sind bereits vergeben und umfangreiche zusätzliche Arbeiten in Angriff genommen. Die bisher fast eingeleisteten Aufträge für den Umbau des Oberbaus werden um rund 650 Kilometer erhöht, wofür 100 Millionen zusätzlich aufgebracht werden.

Insgesamt 50 Millionen sollen der Befüllung von Holzlagern und nachgelassen Anlagen dienen. Mit 50 Millionen werden Reuhalten der Vermögensrechnung finanziert. 30 Millionen sind für Auffüllung der Wechsellagerung und Durchführung von Sonderprogrammen vorgesehen. 12 Millionen werden für Bekämpfung der Weidenläusen und Verbesserung der Sicherungsanlagen verwendet.

Alles in allem wird noch im Jahre 1930 die Reichsbahn über ihre laufenden Aufwendungen für Unterhaltung und Erneuerung hinaus für 272 Millionen Reich Arbeit schaffen. Dieses Programm wird, so hofft man, eine wirksame Bekämpfung des Arbeits-

marktes und damit eine wesentliche Verringerung der Arbeitslosigkeit zur Folge haben.

Nach dem Beschlusse der Reichsregierung, bei Begebung der neuen Aufträge zugleich auf eine Preissteigerung hinzuwirken, hat die Reichsbahn entprochen, indem sie auf einen erheblichen Preisnachlass der Unternehmer eintrifft.

Läßt Hindenburg aus dem Spiel!

Die Deutsche Staatspartei hat auf die Einladung der Deutschen Volkspartei, den „gemeinsamen“ Aufruf mit den Konfessionen und der Wirtschaftspartei zu unterzeichnen, durch Arthur Brauer in geantwortet:

„Die Deutsche Staatspartei hat häufig betont und hält es für selbstverständlich, daß man sich zur Befreiung des deutschen Volkes aus schwerer Not für das sogenannte Reformwerk auf finanziellen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ebenen einsetzt. Sie hat deshalb auch einverstanden, daß dies in einem gemeinsamen Aufruf betanngelassen wird, wieweil die Wirkung eines derartigen Aufrufs nicht übersehen werden darf.“

„Sie hat schließlich infolern ein Bedenken, als es grundsätzlich um den Staatspakt geht, daß die Person des Reichspräsidenten im Interesse seiner hohen und unparteilichen Stellung und entsprechend seinem erst vor wenigen Tagen ausdrücklich geäußerten Wunsch nicht als Vorkämpfer in der Wahlbewegung benützt werden darf.“

„Ferner ist formell noch zu bemerken, daß die Deutsche Staatspartei im letzten Reichstag noch nicht vertreten war und daß deshalb nicht davon gesprochen werden kann, daß sie sich im

Zu der Durchführung des zusätzlichen Arbeitsbeschaffungsprogramms des Reichstags wird noch mitgeteilt, daß es den Wesentlichsten zur Pflicht gemacht wurde, zur Durchführung der Arbeitlichen Reinrichtungen vorzugehen. Nur bei Fortleben, die trotz großer Opfer und Arbeitsmangels bisher ihre Fülle nicht verringert haben, sieht man von der Beibehaltung von Reichsleistungen ab. Die Kontrolle, ob die Verpflichtungen der Firmen zu Steuerleistungen eingehalten werden, liegt bei den Gewerbesteuerämtern in den Arbeitsämtern. Sie bekommen vom Reichsminister für Mittelung über die an bestimmte Firmen vergebenen Lieferungen und üben dort entsprechende Kontrolle aus.

legen Aufruf aus der Reformation eingeleitet hat. Es ist deshalb vor, den ersten Satz folgendermaßen zu fassen:

„Die unterzeichneten Parteien haben die Durchführung des im letzten Reichstag begonnenen Reformwerkes auf finanziellen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gebieten für das bringendste Gebot der deutschen Innenpolitik.“

„Ebenso bitten wir, im letzten Aufruf das Wort „Hindenburg-Programm“ durch „Reformprogramm“ zu ersetzen.“

Es darf zum Schluß zu Ihrem Schreiben bemerkt werden, daß unser Vertreter aus den Verhandlungen über einen gemeinsamen Aufruf nur deshalb ausgeschieden ist, weil die übrigen Parteien damals mit dem gemeinsamen Aufruf die Aufhebung einer Fraktionsgemeinschaft verbinden wollten. Nachdem von uns vorwundern als unübersehbarer erkannter Plan dieser Fraktionsgemeinschaft auf dem Widerspruch anderer Parteien gescheitert ist, hätten keine Bedenken bestanden, an den Verhandlungen wieder teilzunehmen.“

Es wird, trotz der erklärten Bereitwilligkeit, nicht zur Unterzeichnung durch die Deutsche Staatspartei kommen. Aus einem einfachen Grunde: Dieser gemeinsame Aufruf ist zwar veröffentlicht worden, aber er existiert gar nicht. Die Wirtschaftspartei läßt erklären, daß ihre Unterzeichnung erst durch den Parteiausbruch gültig gemacht werden muß. Der tritt erst am 26. August zusammen, und es ist nach einer Ausbreitung des zweiten Vorkommens der Wirtschaftspartei zumind. positivisch, ob die Zustimmung erklärt werden wird. Demnach befehlen, wollen weder die Konfessionen noch die Wirtschaftspartei diesen gemeinsamen Aufruf. Die Konfessionen zeigen sich nicht geneigt in der Gesellschaft des Herrn Dr. Scholz, weil er ihre Verbindungen zum Landvolk hin fördern könnte, und die Wirtschaftspartei will ihren „wirtschaftlichen“ Charakter bewahren. Der einzige, der trumpschiff Anschlag sucht, war der Führer der Deutschen Volkspartei. Und wie ist es immer festzuhalten geblieben. Ich hätte es eine politische Einflüsterung werden, dann eine Fraktionsgemeinschaft mit den konfessionellen Elementen, später nur ein interfraktioneller Aufruf, und schließlich ist es nur ein gemeinsamer Aufruf mit dürftigem Inhalt geworden. Denn daß die Parteien, die im letzten Reichstag für die Finanzreform, die Öffnisse und die Sanierung der Arbeitslosen-Versicherung eingetreten sind, auch in Zukunft diesen Programm unterstützen wollen, ist eine Selbstverständlichkeit.

Was aber nicht selbstverständlich war, das ist das Vereingerten des Reichspräsidenten in den Wahlkampf. Wie die Deutsche Volkspartei und die Konfessionen sich an die Reichsfeier Hindenburgs hängen, ihren Namen für ihre Wahlkreise verwenden wie eine Filialfirma, den Namen eines Operetten- oder Filmstars, das ist schon jeweils der Örgenen des politisch Galten und Anhänglichen. Der Reichspräsident, der über den Staat regiert, hat es sich so oft und so deutlich bedacht, von einzelnen Parteien für sich reklamiert zu werden, daß zumind. ein Reichspräsident sich verpflichtet fühlen sollte, diesen Wunsch zu respektieren.

Die Reichsregierung konnte nur eine Verantwortlichkeit des Kanzlers und der Minister. Sie haben durch ihre Unterzeichnung des Reichspräsidenten zu bedeuten, und nicht ungehörig den Reichspräsidenten als Bedingung gegenüber den Wählern zu benützen. Daß Hindenburg nicht gewonnen ist, hat solche Ungehörigkeiten gefordert zu lassen, geht aus einer offiziell abgegebenen Erklärung hervor, der Reichspräsident habe den Wähler-Vertrauen nicht erlangen, in dem Wahlkampf von seinem Namen Gebrauch zu machen. Die Nennung Hindenburgs ist ohne Zustimmung des Reichspräsidenten erfolgt. Man darf hoffen, daß man in Zukunft nicht mehr von einer Hindenburg-Front und einem Hindenburg-Programm hören oder lesen wird.

Wenn oder das „Hindenburg-Programm“ ausgemerzt wird, was bleibt dann von dem „gemeinsamen Aufruf“, mit dem die große Partei und Entsatzung der Scholz und Trevintanus geendet hat? Die Frage eines Streichschusses!

Maffenklaffungen in England

London, 22. August / Ullstein-Nachrichtendienst

Die englischen Eisenbahngesellschaften, deren Verkehrsmaßnahmen von Woche zu Woche jeweils um mehrere 100 000 Pfund abnehmen und die die Anzeigebereitschaften im immer dringender notwendig wird, haben in den letzten Wochen Maffenklaffungen von Arbeitern und Angehörigen vorgenommen. Die Eisenbahngewerkschaften sind bereits unruhig geworden und haben eine offizielle Untersuchung über die Beschäftigung und Ent-

wendigkeit dieser Maffenklaffungen gefordert. Neben der wirtschaftlichen Depression spielt die häufig wachsende Konkurrenz des Groß- und Postfahrzeugtransportes von Automobilen eine auslösende Rolle. In den letzten Monaten haben die Eisenbahngesellschaften, und zwar besonders die Great Western Railway große Summen bei einigen Automobilgesellschaften investiert, um sich auf diese Weise in die Konkurrenz teilweise zu Diente zu machen. Diese Politik wird von den Gewerkschaften scharf und dogmatisch verurteilt, daß die Konkurrenz zwischen Eisenbahnen und Automobilen gefährlich in gewissen Grenzen gehalten wird.

Reichswehr-Offiziere bei tschechischen Manövern

Warschau, 22. August / Ullstein-Nachrichtendienst

Die polnische Presse bringt die Nachricht, daß an den gegenwärtig stattfindenden tschechischen Manövern von tschechisch-polnischen Grenztruppen aus zwei Reichswehr-Offiziere eingeladen sind, und zwar Major Mannstein-Semmlitz und Hauptmann Soustain.

Die polnische Presse hat dazu, daß bei der erste Fall der Entsendung einer deutschen Militär-Mission in einen Staat, der den Vertrag von Versailles unterschrieben hat. Deutschland dürfe weder in Frage noch in anderen Unterzeichner-Staaten Militär-Missionen unterhalten, und zwar auf Grund des Artikels 179, Abs. 1 des Vertrages von Versailles, der Deutschland verbietet, in ausländische Staaten händige oder zeitweilige Militär-Missionen zu entsenden. Sogar wenn es sich um die polnische Mission handelt, die dem Vertrag von Versailles unterschrieben hätte, in der Entsendung deutscher Offiziere zu den tschechischen Manövern eine Verletzung dieser Bestimmung des Vertrages von Versailles erblicken.

Deutschland lie vor dem Verlege in der Silez, und wie Frankreich sie hoch heute in der Sichelvollmacht unterhält. Militärische Missionen zu entsenden, ist uns nicht nur geläufig, sondern die Reichsregierung ist von einzelnen Staaten sogar zur Entsendung solcher Missionen angefordert worden. Das davon Abstand genommen wurde, ist eine rein innerdeutsche Angelegenheit. Der Teilnahme von deutschen Offizieren an ausländischen Manövern steht selbstverständlich nicht das geringste entgegen, was schon daraus hervorragt, daß die Serezzstellung der Sichelvollmacht, die ja mit Frankreich eine Militärbündnis geschlossen hat, den Besuch der Reichswehr-Offiziere erbeten, und diese mit besonderer Zuverlässigkeit aufgenommen hat.

Zollkrieg statt Zollunion

London, 22. August / Ullstein-Nachrichtendienst

Auf der kommenden Weltwirtschaftskonferenz wird, wie gemeldet, ein Hauptpunkt der Tagesordnung die Schaffung einer Zollunion innerhalb des ganzen britischen Weltreichs sein. Die Gouverneure der Dominions haben jezt, hauptsächlich wegen der überall steigenden Arbeitslosigkeit, wenig Sympathie für diesen Plan gezeigt. Heute ist sogar ein Zollkrieg zwischen Australien und Kanada ausgedehnt, was den Fall auf neuweltliche Fütter um 300 v. H. erhöht hätte, wovon Australien die Verzugsgebühren für kanadische Automobilimporte aufob.

In dieser polnischen Nachricht kommt nur eins: daß tatsächlich die beiden deutschen Offiziere an den tschechischen Manövern teilnehmen. Alles andere ist durchwegs unrichtig. Genaus einmal haben schon tausendfacher Kreuzenübungen Reichswehr-Offiziere beigewohnt, und Italien geübt zu den Unteroffizieren der tschechischen Truppen. Außerdem vorberit besten angesehener Offiziere tschechisch die Entsendung von händigen oder vorübergehenden Militärmissionen, wie etwa

Das Herz der Nichtwähler

Referen im Süden

von

H. G. Erdmannsdorfer

Die Wahlprozenten befähigen sich leicht mit der Frage, ob sie diesmal gelassen werde, die Wahlteilnahme zu mindern und demgemäß die bisherigen Nichtwähler in größerem Maße an die Wahlurne heranzubringen. Insbesondere wird der Erfolg der neuen Deutschen Staatspartei vielfach — und wohl nicht mit Unrecht — davon abhängig erachtet, ob sie diesmal weniger als ein einziges Mal übersehen worden (in Frankfurt mit 77,8 p. h.). Die schwächeren Wahlkreise Norddeutschlands sind oft Dürren (75,4 p. h.), Oppeln, Thüringen (76,9 p. h.), Meckl.-Stm. (74,7 p. h.), hier dürfte die Ortsabwesenheit der wahlberechtigten Bevölkerung eine Rolle spielen; Sassen-Stein (nur 72 p. h.), Rhein-Walden (68,4 p. h.), vernünftige Wirkung der Forderung, Robbenz-Grün zu wählen, oder übersehen worden. Die Wahlprozenten sind vielfach übersehen worden, insbesondere im Süden, überwiegen um 78 p. h.; hierin; den Raum der Parteien Beteiligung können Wahlbezirk-Anhalt mit 84,5 p. h., Pommern mit 83,5 und Süd-Danoneer-Braunschweig mit 81,5 p. h. für sich haben.

Auffallen lassen demgegenüber die Süddeutschen Wahlkreise, die nur 40 bis 50 p. h. für die Partei ergaben. (Ober- und Nieder-Rhein, Niederrhein und Franken), 3 Kreise unter 70 p. h. Sie sind damit zugleich die schwächsten Kreise Deutschlands: Württemberg mit 68,3 p. h., Sassen-Darmstadt mit 65,9 und Baden mit dem Rekord noch unten 61,7 p. h.

Das eigentliche Bild, das sich hier bietet, die große und gleichmäßige Beteiligung im Norden, offenkundig Wahlprozenten, die sich nicht für die Partei entscheiden, wenn man an der Hand der fast datenwertigen Wahlergebnisse Spezialarbeiten (Kreise usw.) und, besonders dann, die Ortslisten mit mehr als 2000 Einwohnern unter die Lupe nimmt. Hierbei ergibt sich, daß in Preußen zahlreiche Städte, Kreise und einzelne Orte, die sich für die Partei entschieden, nicht für die Partei entschieden, wenn man an der Hand der fast datenwertigen Wahlergebnisse Spezialarbeiten (Kreise usw.) und, besonders dann, die Ortslisten mit mehr als 2000 Einwohnern unter die Lupe nimmt. Hierbei ergibt sich, daß in Preußen zahlreiche Städte, Kreise und einzelne Orte, die sich für die Partei entschieden, nicht für die Partei entschieden, wenn man an der Hand der fast datenwertigen Wahlergebnisse Spezialarbeiten (Kreise usw.) und, besonders dann, die Ortslisten mit mehr als 2000 Einwohnern unter die Lupe nimmt.

Das eigentliche Bild, das sich hier bietet, die große und gleichmäßige Beteiligung im Norden, offenkundig Wahlprozenten, die sich nicht für die Partei entscheiden, wenn man an der Hand der fast datenwertigen Wahlergebnisse Spezialarbeiten (Kreise usw.) und, besonders dann, die Ortslisten mit mehr als 2000 Einwohnern unter die Lupe nimmt. Hierbei ergibt sich, daß in Preußen zahlreiche Städte, Kreise und einzelne Orte, die sich für die Partei entschieden, nicht für die Partei entschieden, wenn man an der Hand der fast datenwertigen Wahlergebnisse Spezialarbeiten (Kreise usw.) und, besonders dann, die Ortslisten mit mehr als 2000 Einwohnern unter die Lupe nimmt.

Das eigentliche Bild, das sich hier bietet, die große und gleichmäßige Beteiligung im Norden, offenkundig Wahlprozenten, die sich nicht für die Partei entscheiden, wenn man an der Hand der fast datenwertigen Wahlergebnisse Spezialarbeiten (Kreise usw.) und, besonders dann, die Ortslisten mit mehr als 2000 Einwohnern unter die Lupe nimmt. Hierbei ergibt sich, daß in Preußen zahlreiche Städte, Kreise und einzelne Orte, die sich für die Partei entschieden, nicht für die Partei entschieden, wenn man an der Hand der fast datenwertigen Wahlergebnisse Spezialarbeiten (Kreise usw.) und, besonders dann, die Ortslisten mit mehr als 2000 Einwohnern unter die Lupe nimmt.

Das eigentliche Bild, das sich hier bietet, die große und gleichmäßige Beteiligung im Norden, offenkundig Wahlprozenten, die sich nicht für die Partei entscheiden, wenn man an der Hand der fast datenwertigen Wahlergebnisse Spezialarbeiten (Kreise usw.) und, besonders dann, die Ortslisten mit mehr als 2000 Einwohnern unter die Lupe nimmt. Hierbei ergibt sich, daß in Preußen zahlreiche Städte, Kreise und einzelne Orte, die sich für die Partei entschieden, nicht für die Partei entschieden, wenn man an der Hand der fast datenwertigen Wahlergebnisse Spezialarbeiten (Kreise usw.) und, besonders dann, die Ortslisten mit mehr als 2000 Einwohnern unter die Lupe nimmt.

Das eigentliche Bild, das sich hier bietet, die große und gleichmäßige Beteiligung im Norden, offenkundig Wahlprozenten, die sich nicht für die Partei entscheiden, wenn man an der Hand der fast datenwertigen Wahlergebnisse Spezialarbeiten (Kreise usw.) und, besonders dann, die Ortslisten mit mehr als 2000 Einwohnern unter die Lupe nimmt. Hierbei ergibt sich, daß in Preußen zahlreiche Städte, Kreise und einzelne Orte, die sich für die Partei entschieden, nicht für die Partei entschieden, wenn man an der Hand der fast datenwertigen Wahlergebnisse Spezialarbeiten (Kreise usw.) und, besonders dann, die Ortslisten mit mehr als 2000 Einwohnern unter die Lupe nimmt.

Das eigentliche Bild, das sich hier bietet, die große und gleichmäßige Beteiligung im Norden, offenkundig Wahlprozenten, die sich nicht für die Partei entscheiden, wenn man an der Hand der fast datenwertigen Wahlergebnisse Spezialarbeiten (Kreise usw.) und, besonders dann, die Ortslisten mit mehr als 2000 Einwohnern unter die Lupe nimmt. Hierbei ergibt sich, daß in Preußen zahlreiche Städte, Kreise und einzelne Orte, die sich für die Partei entschieden, nicht für die Partei entschieden, wenn man an der Hand der fast datenwertigen Wahlergebnisse Spezialarbeiten (Kreise usw.) und, besonders dann, die Ortslisten mit mehr als 2000 Einwohnern unter die Lupe nimmt.

nicht so sonderlich von den anderen deutschen Parteien abhebt (s. B. im Dezember 1924: Württemberg 74,0 p. h., Baden 71,0 p. h., Sassen 75,1 p. h., Mittelrhein 69,7 p. h., Freie 70,4 p. h., Karlsruhe 72,8 p. h., Darmstadt 80,7 p. h. usw.). Es haben also im Mai 1925 befondere politische oder regionale Verhältnisse vorgelegen, die die aufeinander folgende Wahlbeteiligung hervorriefen. Mit einer Ausdehnung in dieser Hinsicht ist diesmal nicht zu rechnen, so daß in diesen Süddeutschen Wahlkreisen eine Erweiterung bedeutender Wahlkreise und damit die Möglichkeit erheblicher Ueberrechnungen sehr wohl gegeben ist.

Wahlbündnis Scholz-Trebrant

Königsberg, 22. August / Ulstein-Nachrichtendienst

Die Landesorganisation der Deutschen Volkspartei Ostpreußens, die sich ihrer Gründung auf den ersten August fest, hat beschlossen, mit der Konvention der Volkspartei in Ostpreußen ein

Die tschechische Agrarkonferenz verschoben

Prag will abwarten

Prag, 22. August / Ulstein-Nachrichtendienst

Wie wir erfahren, wird die Konferenz der Internationalen Agrarverbände, die Ende September in Prag stattfinden sollte, auf einen späteren Zeitpunkt, und zwar wahrscheinlich auf den 29. 30. und 31. Oktober verlegt werden.

Die Versagung will damit begründet, daß man Zeit gewinnen will, um zu den Resultaten, die die Agrarverbände Agrarkonferenz und das in Belgrad zur Ausarbeitung gelangene Memorandum über die jugoslawisch-rumänischen Beziehungen gelangen wollen, zu kommen. Die von der Steuer-Konferenz des Internationalen Agrarverbands eine Ausdrucks über eine gemeinsame agrarische Politik der europäischen Bauernparteien bringen soll, will man den einzelnen Bauernparteien möglichst Zeit zur Ausarbeitung konkreter Vorschläge lassen.

Wenn auch das Internationale Agrarverbände in Prag eine der offiziellen Regierung in der Tschechoslowakei unabhängige Institution sei, so ist doch klar, daß die Verschiebung aus hauptsächlich deshalb eintritt, weil man in der Tschechoslowakei noch keine feste Stellungnahme zu dem von den einbringenden Agrarverbänden vorgeschlagenen, was man offenbar leitet, bis man konkretere Resultate der rumänischen Agrarkonferenz zu Gesicht bekommen, hat sich aber jetzt noch entschlossen, sie zu beschleunigen. Die tschechoslowakische Delegation wird jedoch in Belgrad am wenigsten besprochenen Standpunkt einnehmen.

Die tschechische Regierung gegenüber der Agrarverbände Konferenz ist durch zwei Momente behindert: erstens soll dort — wie man in belgischen Agrarverbänden erzählt — auch über eine eventuelle Verbindung der tschechoslowakischen Bauernparteien gesprochen werden, was man hier wenig diskutiert hält, und dann befindet man, wenn man es auch nicht sagen darf, daß die Agrarverbände Verhandlungen eine politische Führung bekommen könnten.

Auch zu den Ergebnissen von Genua, die in Belgrad in einem Memorandum niedergelegt werden sollen, verhält man sich hier recht skeptisch. Man erkennt an, daß Rumänien und Jugoslawien Verhandlungen geistig nicht so interessiert über die Sache, bis alle die Ergebnisse auf dem Papier liegen, solange die von den notwendigen tschechoslowakischen Agrar- und Agrarverbänden,

Rechtsradikaler Verfallungsterror

München, 22. August / Ulstein-Nachrichtendienst

In einer zweiten Massenversammlung im Bürgerbräukeller gegen der Spitzenkandidat von Oberbayer-Schwaben, Dr. Hubert Dierlmeier (Bayern), und Ingenieur-Gesamt vom Hauptbundesführer Oberen Weg der Deutschen Staatspartei in die politische Zukunft mit überzeugenden Worten bar und fanden warmen Beifall. Nach Schluß der Versammlung kam es zu einer wilden Rederei zwischen dem Geschäftsführer des Reichsbanners und Nationalsozialisten, die mit Stößen und Bierkrügen schlugen und Kampfbrüllen brüllten. Auch auf der Straße legten sich die Schlägerinnen fest, und die Polizei mußte wiederholt eingreifen. Zwei Frauen, darunter eine Nationalsozialistin, wurden mit schweren Verletzungen in die Klinik eingeliefert worden.

Hamburg, 22. August / Ulstein-Nachrichtendienst

Während einer nationalsozialistischen Versammlung, in der Dr. Franz Gumbel, der festig angelegten Konferenzen seine Rede hielt, die ihnen auch vorher erschienen war. Der Versammlungsleiter lehnte das jedoch ab. Zwei konservative Führer, Reichsanwalt Wandhauer und Lenz, wurden von einem Sturmtrupp getötet auf die Straße hinausgeschleudert. Die deutschnationalen „Hamburger Nachrichten“ legen in einer Gultsch, es sei begreifbar, wie Männer, die hier den Hauptplatz auf das höchste behauptet und für das Volksgesetz genommen hätten, jetzt von den Nationalsozialisten behandelt würden.

Für Republik und Demokratie

Brandenburg, 22. August / Ulstein-Nachrichtendienst

Bei der ersten großen Wahlversammlung der Deutschen Staatspartei in Brandenburg, die im großen Waldsaal am 1. d. d. und hier zu Hause von Millionenmitglied der Deutschen Staatspartei des Wahlkreises. Befanden Fernkommunikation die Hauptbetonung der Beziehung der Republik und der Demokratie. Das

Wahlbündnis eingegangen und eine gemeinsame Ostpreußen-Liste für die Reichstag aufgestellt. Der volksparteiliche Führer Dr. Scholz hat, da er auf der Reichstagsliste, zugunsten eines Ostpreußen auf die Spitzenkandidatur verzichtet.

Die Sozialdemokratische Reichstagsliste enthält folgende Namen: 1. Hermann Müller, 2. Otto Wels, 3. Arthur Crispien, 4. Rudolf Hilferding, 5. Marie Juchacz, 6. Otto Danneberg, 7. Wilhelm Dittmann, 8. Johannes Reiche, 9. Friedrich Stamper, 10. Dr. Ludwig Thamer, 11. Franz Schöffel, 12. Fritz Karmann, 13. Dr. Müller, 14. Max Goppel, 15. Gustav Schäffl. Von diesen Kandidaten sind aber nur einer in der Reichstagsliste: Müller, Wels, Crispien, Frau Dr. Juchacz, Frau Reiche.

Selbstmord eines Wahlkandidaten

Essen, 22. August / Ulstein-Nachrichtendienst

Der Vorfall der Ratener Eisenbahnerstreikung der Westfälischen Partei, Gustav H. G. hat, der für die Reichstagsliste als Kandidat im Wahlkreis Westfalen-Süd aufgestellt war, wurde gestern in seiner Wohnung erschossen aufgefunden. Nach den ärztlichen Feststellungen liegt annehmlich Selbstmord vor. Lieber die Motive ist nicht bekannt.

Europa-Weißbuch Bränd

Paris, 22. August / Ulstein-Nachrichtendienst

Der Quai d'Orsay veröffentlicht heute das folgende Communiqué: „Das französische Außenministerium wird heute den europäischen Staaten ein Weißbuch über das Verhältnis zwischen ihrer Seite bereit halten, es 318 1/2 Buchseiten, das sämtliche Antworten, die von den betreffenden Staaten in Paris eingeleitet sind, enthält. Das Weißbuch enthält die Fragebogen selbst sowie die Antworten in vollem Wortlaut, mit einer französischen Uebersetzung versehen. Obwohl die Zusammenfassung des Materials keine Momente enthält, kann es den einzelnen europäischen Regierungen zur Veranschaulichung ihrer Interessen dienen.“

Ursprünglich sollte, nach einer weiteren Mitteilung des Quai d'Orsay, ein Kommentar zu dem Zusammenfassung des Materials beinhalten, das habe der Quai d'Orsay noch weiteres Uebersetzung es für wichtig befunden, den wichtigsten Meinungsäußerungen nicht vorzulegen.

„Auch die Weißbuch Bränd wurde erst nach der Genua Tagung in Paris fertig überarbeitet, mit dessen Ausarbeitung es im September des letzten Jahres von den Mitgliedern bekannt worden. Dieser Bericht wird eine Entstellung der einzelnen Antworten in Kategorien enthalten, ferner eine Analyse der wichtigsten Feststellungen, die in den Antworten Ausdruck fanden, und der Schlüsse, die daraus zu ziehen sind. Der Bericht wird außerdem aller Wahrscheinlichkeit nach noch einige Vorschläge enthalten, die bezuhen sind, die Durchführung des Projektes möglich zu erleichtern.“

Curlius geht nach Genf

Reichsgauverwalter Dr. Curlius wird — trotz der Weisung — im September an den Verhandlungen des Reichspräsidenten und an der Einigung in der Berliner Straße über das Thema „Mittel- und Ost-Europa“ teilnehmen.

Curlius wird in den Kommissar Arthur Braun, Ernst Gumbel und Reichsfinanzminister Dietrich, im Reichspräsidenten, Reichsfinanzminister Dietrich, Arthur Braun und Frau Dr. Bäumer.

Nationalsozialisten und Kommunisten haben, wie es in der Antikindung steht, zu diesen Verhandlungen keine Zutritt.

Unser Weg zum Staatsvolk

Die Deutsche Staatspartei veranstaltet am Sonntag vormittag, 11 Uhr, eine große Kundgebung im Bremer-Rathaus und in den Kommissar in der Berliner Straße über das Thema „Mittel- und Ost-Europa“.

Es werden sprechen in den Kommissar Arthur Braun, Ernst Gumbel und Reichsfinanzminister Dietrich, im Reichspräsidenten, Reichsfinanzminister Dietrich, Arthur Braun und Frau Dr. Bäumer.

Nationalsozialisten und Kommunisten haben, wie es in der Antikindung steht, zu diesen Verhandlungen keine Zutritt.

Am Dienstag, 20. August, abends 8 Uhr, veranstaltet die Deutsche Staatspartei, Wahlkreise Potsdam I, eine Kundgebung in Altesaalhof im Großen Spandauerhof. Curtius Schneider, Führer des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, Staatsleiter a. D. Oscar Bauer und Arbeiterleiter Dietrich werden das Thema behandeln: „Was will die Deutsche Staatspartei?“

Tosatom I

Der unter Leitung des Abgeordneten Oswald Nickel folgende Wahlkreiswahl Potsdam I der Nationalen Deutschen Demokratischen Partei (also nicht der neuen Deutschen Staatspartei) hält am Sonntag, 24. August, vormittags 10 Uhr, in Berlin im Reichspräsidenten-Bau eine Wahlkreisparlament ab. Finanzminister Dr. Götter-Wichoff wird über die Neugründung der Deutschen Staatspartei und ihre politischen Ziele sprechen. Parteivorträge haben Zutritt.

Reichsgauverwalter Dr. Curlius wird am 12. September in der abendlichen Reichspräsidentenwahl im Reichspräsidenten-Rathaus am Reichspräsidentenplatz mit dem 12. September stattfinden.

Die Frauentagung eröffnet.

Platho zählt 48 Prozent

Berliner Geheimrat von Betzinger gepfeift

Einleitend kürzlich begrüßt

Wichtig! Wichtig! Das große Verbrechen der Elektroindustrie hat begonnen. Im Westen zahlreicher Vertreter des Verkehrs- und Staatsangehöriger, der höchsten Behörden und vieler anderer Führer aus Wissenschaft, Industrie und Handel wurde heute in den Mittagsstunden die 7. Deutsche Frauentagung und Vorkonferenz in den imposanten Räumen des Rathenower eröffnet. Über alle deutschen Städte hat sich seitlich die Klänge der Sphären-Overture und die würdigen Worte des Wohlwunders aus dem „Mittleren“, als Staatssekretär a. D. Dr. v. Bredow im Namen der Reichsregierung für den verschiedenen Hochschulpräsidenten die Frauentagung eröffnet.

Dr. Bredow unterließ in seiner Begrüßungsansprache besonders die wissenschaftlichen Schwierigkeiten, die heute jeder großen Wissenschaft mit sich bringt. Er ist nicht nur ein Wissenschaftler, sondern ein Mann der Welt. Er ist nicht nur ein Wissenschaftler, sondern ein Mann der Welt. Er ist nicht nur ein Wissenschaftler, sondern ein Mann der Welt.

Als besondere Attraktion für die Frauentagung zu führen das wissenschaftliche Forum des Professor Albert Einstein in Gegenwart, der für die Frauentagung ein Appell an das Volk der Rundfunkübertragung richtete, niemals zu vergessen, wie die Menschen in den Besitz dieses wunderbaren Werkzeuges der Mitteilung gekommen sind. Der „Liquor“ aller technischen Erzeugnisse

ist die göttliche Schöpfung und der Geistliche des behelmen und grüßelnden Fortschritts, sowie nicht minder die konträre Pläne, die technisch zu realisieren. Dr. v. Bredow sagte weiter: „Die Schöpfung hat sich nicht geändert, sondern nur die Umstände der Wissenschaft und Technik verändert.“ Dem Rundfunk fällt die einzigartige Aufgabe zu, als Instrument für die Vorkonferenz zu wirken. Der Rundfunk sagt die Welt einander. Die Wissenschaftler hören und in der Wissenschaft von der lebenswichtigen Aufgabe. Er ist ein Mann der Welt. Er ist ein Mann der Welt. Er ist ein Mann der Welt.

Im Namen der Ausstellungsgesellschaft wurde Dr. v. Bredow die Funktion der Frauentagung, die Bedeutung der Ausstellung für eine wissenschaftliche Fortschritt, von dieser profizienter Teilnahme aus dem künftigen Publikum, sondern einleuchtend, so sehr der Industrie, der erst aus dem Konstruktionsbereich der Wissenschaft und Ausgestaltung der Wissenschaft und dem wirtschaftlichen Fortschritt einfließen. Als Charakteristikum der diesjährigen Frauentagung hob Dr. v. Bredow die organische Verbindung des Fortschritts mit der elektrischen Fortschritt hervor. Gerade die diesmalige Frauentagung spiegelt eine Sonderkraft wider wie nie zuvor.

Daß Dr. v. Bredow nicht zum letzten Mal in der Frauentagung der folgenden Bundestagung durch die festlich geschmückten Frauentagungen, in denen nahezu jeder einzelne Stand durch technische Zeichnungen, Neuerungen und Demonstrationen das Interesse der staunenden Besucher fesselte. P. E.

Bei einem besonders glücklichen Vertauschungsbeispiel hatte sich heute das Schöffengericht Berlin-Charlottenburg zu befassen. Wegen Betrug und Unterschlagung wurde sich der Kaufmann Rudolf Platho zu verantworten. Er hatte es vermieden, in den Jahren 1906 bis 1908 die 1000 Reichsmark, die er als Pfand bei der Bank des Kaufmanns Platho zu haben, die er um 7000 Reichsmark abgeliefert. Im Jahre 1909 gab der Pfandgeber mit seiner Ehefrau als Interzessent bei der Familie Platho ein. Platho war damals auf Pfandstellung bei der Commerz- und Privatbank. Im Laufe des Jahres 1909 hatte er die 1000 Reichsmark bei der Commerz- und Privatbank ein sehr fruchtbringender Betrag. Eines Tages erzahlte der Pfandgeber Platho, daß er als Interzessent der Commerz- und Privatbank besondere Beträge erhalten und gegen die Commerz- und Privatbank ein Pfandrecht erworben. Er hatte die 1000 Reichsmark bei der Commerz- und Privatbank ein Pfandrecht erworben und sollte nach und nach auf das Pfandkonto des Pfandgebers ein. Der Pfandgeber Platho, der Pfandgeber Platho gegen Betrug und Unterschlagung zu einem Jahr und zehn Monaten Gefängnis und sechs bis zur Befreiung mündeligen Gefängnis mangels Barmittel für die Commerz- und Privatbank hatte gegen Platho ein Pfandrecht erworben und gegen seine Ehefrau drei Monate Gefängnis beantragt. Im Hinblick auf die Schwere der Tat hat das Gericht von der Bewilligung einer Bewährungsstrafe abgesehen.

Das Schöffengericht hat heute um 12 Uhr das Schöffengericht zu einer formellen Sitzung zusammen, weil die Urteilsberatung, mit der das Schöffengericht im Hinblick auf die Schwere der Tat, nicht nur zu Ende geführt werden konnte. Der Vorsitzende, Amtsgerichtsdirektor Dönhoff, teilte mit, daß das Urteil des Schöffengerichts in den Rechtsmittlungsverfahren zur Berufung kommen wird.

Heute Königsplatz-Urteil

Im Königsplatz-Prozess hat heute um 12 Uhr das Schöffengericht zu einer formellen Sitzung zusammen, weil die Urteilsberatung, mit der das Schöffengericht im Hinblick auf die Schwere der Tat, nicht nur zu Ende geführt werden konnte. Der Vorsitzende, Amtsgerichtsdirektor Dönhoff, teilte mit, daß das Urteil des Schöffengerichts in den Rechtsmittlungsverfahren zur Berufung kommen wird.

Die Verordnungen des Reichsanwalts Schöb

Vor dem Schöffengericht in Potsdam begann die zweite Sitzung des Reichsanwalts Schöb gegen den 42-jährigen Rechtsanwalt Johannes Schöb, der am 1. März 1908 in den Jahren 1906-08 des festsitzenden Betrages, der Untreue, der Unterschlagung und des versuchten Geheimesverrats schuldig gemacht zu haben. Der Verurteilte gegen Rechtsanwalt Schöb hat bereits mehrere Male in den Jahren 1906-08 des festsitzenden Betrages, der Untreue, der Unterschlagung und des versuchten Geheimesverrats schuldig gemacht zu haben. Der Verurteilte gegen Rechtsanwalt Schöb hat bereits mehrere Male in den Jahren 1906-08 des festsitzenden Betrages, der Untreue, der Unterschlagung und des versuchten Geheimesverrats schuldig gemacht zu haben.

Am 114 März

Selbstmord eines Polizeimeisters

Heute mittag hat sich der 53jährige Polizeimeister Paul Berg im Hause des 102. Polizeiregiments in der Kreuzbergstraße 23 erschossen. Berg hatte in letzter Zeit kleine Schulden gemacht, die ihn schließlich in Verdruss geführt. Am 114 März aus dem er ihm unwillkürlich Selbstmord zu erwidern. Am 114 März aus dem er ihm unwillkürlich Selbstmord zu erwidern. Am 114 März aus dem er ihm unwillkürlich Selbstmord zu erwidern.

Der Konkurs des Berliner Kaufmanns. Heute hat vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte in der Kontursangelegenheit der Berliner Kaufmann O. v. M. die erste Gläubigerkonferenz stattgefunden. Die erste Gläubigerkonferenz stattgefunden. Die erste Gläubigerkonferenz stattgefunden. Die erste Gläubigerkonferenz stattgefunden.

Die Reichsversammlung. Auf dem Reichstag hat heute früh ein Entwurf in die Kommission. Die Kommission hat heute früh ein Entwurf in die Kommission. Die Kommission hat heute früh ein Entwurf in die Kommission.

Die Reichsversammlung. Auf dem Reichstag hat heute früh ein Entwurf in die Kommission. Die Kommission hat heute früh ein Entwurf in die Kommission. Die Kommission hat heute früh ein Entwurf in die Kommission.

Die Reichsversammlung. Auf dem Reichstag hat heute früh ein Entwurf in die Kommission. Die Kommission hat heute früh ein Entwurf in die Kommission. Die Kommission hat heute früh ein Entwurf in die Kommission.

Ausländische Ferienkürer in Berlin

Die letzten Tage ihres Aufenthalts in Deutschland verbringen die ausländischen Schüler und Schülerinnen in Berlin. Nach Wochen gemeinsamer Arbeit, die sie mit deutschen Kameraden in den fünf deutschen Auslandsheimstätten (Kiel in Dorn, eine bei Berlin, eine bei h. b. H. eine bei Berlin, eine bei Berlin, eine bei Berlin) verbracht haben, legen sie sich jetzt die Reiseaufgabe an, besuchen Theater und Museumsausstellungen und werden von ihren deutschen Freunden durch Gesänge und Gespräche geleitet.

Heute ist in die Heimat reisen, hat der Leiter der Auslandsheimstätten, Professor Dr. Schöb, zu einer Abschiedsfeier im Kaiserpalast in Wilhelmstraße veranlaßt. Am Morgen nach dem Abschiedsessen haben junge Mädchen deutscher Nation, die in den fünf deutschen Auslandsheimstätten (Kiel in Dorn, eine bei Berlin, eine bei h. b. H. eine bei Berlin, eine bei Berlin, eine bei Berlin) verbracht haben, legen sie sich jetzt die Reiseaufgabe an, besuchen Theater und Museumsausstellungen und werden von ihren deutschen Freunden durch Gesänge und Gespräche geleitet.

Die Staatspartei in Berlin. Die Staatspartei in Berlin. Die Staatspartei in Berlin. Die Staatspartei in Berlin. Die Staatspartei in Berlin. Die Staatspartei in Berlin. Die Staatspartei in Berlin. Die Staatspartei in Berlin. Die Staatspartei in Berlin. Die Staatspartei in Berlin.

Die Staatspartei in Berlin. Die Staatspartei in Berlin. Die Staatspartei in Berlin. Die Staatspartei in Berlin. Die Staatspartei in Berlin. Die Staatspartei in Berlin. Die Staatspartei in Berlin. Die Staatspartei in Berlin. Die Staatspartei in Berlin. Die Staatspartei in Berlin.

Die Staatspartei in Berlin. Die Staatspartei in Berlin. Die Staatspartei in Berlin. Die Staatspartei in Berlin. Die Staatspartei in Berlin. Die Staatspartei in Berlin. Die Staatspartei in Berlin. Die Staatspartei in Berlin. Die Staatspartei in Berlin. Die Staatspartei in Berlin.

Die Staatspartei in Berlin. Die Staatspartei in Berlin. Die Staatspartei in Berlin. Die Staatspartei in Berlin. Die Staatspartei in Berlin. Die Staatspartei in Berlin. Die Staatspartei in Berlin. Die Staatspartei in Berlin. Die Staatspartei in Berlin. Die Staatspartei in Berlin.

Neue Verhaftung im Fall Urakoff

Rechtsanwalt Dr. Steinweg aus Kassel

Das Ermittlungsverfahren, das die Staatsanwaltschaft Dresden seit einigen Monaten gegen den Stifter Urakoff eingeleitet hat, hat die Kasseinleitung genehmigt und ist jetzt befristet. Die Kasseinleitung genehmigt und ist jetzt befristet. Die Kasseinleitung genehmigt und ist jetzt befristet.

Das Ermittlungsverfahren, das die Staatsanwaltschaft Dresden seit einigen Monaten gegen den Stifter Urakoff eingeleitet hat, hat die Kasseinleitung genehmigt und ist jetzt befristet. Die Kasseinleitung genehmigt und ist jetzt befristet. Die Kasseinleitung genehmigt und ist jetzt befristet.

Die Unterbringung beim Amtsgericht Charlottenburg

Gelehrter erachtet für 40000 Mark

Nach dem Tode des Vermögensverwalters beim Amtsgericht Charlottenburg, Tannenberg, waren, wie bereits ausführlich berichtet, erhebliche Geldbeträge festgelegt worden, die sich jetzt nach Abschluss der Buchprüfungen auf 40000 Mark erhöht haben. Der Verwalter hat sich verpflichtet, die Beträge zu verwalten und die Interessen der Beteiligten zu wahren.

Wer demonstriert für die Polizei

Demokratischer Antrag für die Polizei

Die demokratische Landtagskommission hat heute im preussischen Parlament einen Antrag eingebracht, der Maßnahmen im Interesse der Polizeibeamteten fordert. Die durch die täglichen öffentlichen Umzüge und Demonstrationen weit über Gebühr in Anspruch genommen werden. Die Beamten sollen für die Befreiung ihrer Dienstzeit von anderen öffentlichen Diensten entschädigt werden.

Beitritter-Geschäft Realisationsneigung

Nur Thüringer-Gas-Interesse

In Gegensatz zu den Vortagen fehlten heute anregende Käufe. Auch die Spekulation übte im Hinblick auf die ungewisse Haltung der Ausländerbörsen geringen Einfluss aus...

bew. 41-45 pCt. gebandelt. Am Privatdiskontmarkt konnte die Notiz für lang Sichten ebenfalls auf 3 1/2 pCt. ermäßigt werden...

Wachsende Ultimo-Sorgen

Malland, 22. August / Auktien-Nachrichtendienst: Die infolge des Zusammenbruchs der Aktien der landwirtschaftlichen Gesellschaft Bonifacio Petrarca...

London zuversichtlicher

Immer dringender. Die Kurse gingen daher heute abwärts. Erhellend auf Interventionen der Großbanken eine leichte Erholung...

Umschuldung in der Sparkassen- und Kleinerer Anlage-Zuwachs

Nach den Zweimonatsbilanzen der preussischen Sparkassen ergibt sich für den ersten Halbjahr 1930 folgendes Bild über die Entwicklung der Einlagen:

Table with columns: 30.6.30, 1. Halb. 1930, 1. Halb. 1929. Rows include Sparanlagen, Depositen, Schenk-, Giro- und Kontokorrenteinträge, Leihgeber von Banken, Fremde Mittel insgesamt.

Der Zuwachs der Sparanlagen blieb hinter dem des ersten Halbjahrs 1929 zurück. Die stärker als die Einzahlungen gewachsenen Rückzahlungen verursachten dieses Ergebnis.

Bei einem Vergleich der Ergebnisse ist allerdings zu beobachten, dass die Sparanlagen im Vergleich mit den Einzahlungen...

rückbleibend, das beide Semester unter außergewöhnlichen Umständen verliefen und im Sinne der Kapitalbildung und Kapitalanlagen...

Unter den Verändern der Aktivposten fällt vor allem die Entwicklung der Guthaben bei andern Geldanstalten auf. Die unvermutet sich verschlechternde Entwicklung...

Die zum Schluss fast keine nennenswerte Beibehaltung und damit auch keine Abnahme der Kurse...

Linoleum wird billiger

Heute mittig fanden im Reichswirtschaftsministerium abschließende Besprechungen zwischen dem obigen Verleiher der deutschen Linoleumindustrie und dem Ministerium statt...

Baumwolle erneut angeboten

Der Bremer Baumwoll-Terminkauf erfolgte auf Kabelnotungen aus Amerika über stromgebenden Verkaufslager in abgewählter Haltung...

Table with columns: Aktien, Renten, Staatsanleihen, etc. Lists various securities and their values.

Bausparprogramm tut not

In der G.V. der Allgemeinen Häuserbau AG. von 1872. Adolf Sommerfeld, wurde die Dividende auf 8 gegen 10 pCt. i. festgesetzt.

Roggen fest

Die Bemessung der heutigen Berliner Produktivpreise für Roggen war stromwerter fest. Am Marke der Produktivpreise lagen...

Reichsbahnbedarfs-Forderungen

Table with columns: Reichsbahn, Eisenbahn, etc. Lists railway requirements and their values.

Lastautobesitzer organisiert

Die Verbraucher von Lastkraftwagen haben sich zu einer „Arbeitsgemeinschaft der am Nutzfahrzeugen interessierten Lastkraftwagenbesitzer“ in Berlin zusammengeschlossen...

Anteil festgesetzte Preise an der Produktionsseite

Table with columns: Weizen, Roggen, Gerste, etc. Lists prices for various agricultural products.

Table with columns: Reichsbahn, Eisenbahn, etc. Lists railway requirements and their values.

Ein neuer Äquivalenz-Bericht

Sobald legt der Enquete-Kommission ein ausführlichen Bericht über die „Förderung der Landwirtschaft durch öffentliche Mittel“ vor.

Berlin, 22. August. Metallpreise.

Table with columns: Silber, Kupfer, Zinn, etc. Lists metal prices.

Erstes Finanzierungsgeschäft der Goldkornbank

Die Beibehaltung der ungenutzten Goldkornbank in der Finanzierung konnte durch den Abschluss eines Kautions-Auftrags an ein deutsches Konsortium für Eisenbahnmaterial...

Weiterer Verlauf der Börse

Kurse gegen 3 Uhr

Daimler 2654, Hirsch K... 15135, A. E. G. 15875, G. F. Intern. 141, Schuckert 12593...

Commerbank 1230, Rotenbach 348, S. Goman 39, Salzers 1574, Diamon 632, O. Aktien 95, Deutsche Petroleum 505...

7 1/2% Harpner 654, 7 1/2% R. Klockner und Mannemann 69, 6 1/2% Rhein-Bank 459, 6 1/2% 12 1/2% Aachenl. Ver. 459, 11 1/2% 7 1/2% B... 7 1/2% 3/4% A. D. Erdl 44, 6 1/2% F. Arbon 614, 6 1/2% K. Karstadt 592, 7 1/2% 5/8% Waldhof 7, 9 1/2% H. P. K. J... 6 1/2%

Dividenden

Warteisenwerke A. G. Vorschlag 6 (t. v. 8) pCt. Reichsbank A. G. Kumbach. Vorschlag wieder 10 pCt.

1. u. 2. Quartal 1915/16. Besondere Dividende 7 pCt. Gerw. Wenderoth, Kassel. Schätzung wieder 7 pCt.

Termin-Notierungen

Table with columns for currency types (Reichsmark, Goldmark, etc.) and rates for various dates and locations.

Amliche Kurse der Berliner Börse vom 22. August 1915

Table of stock exchange listings with columns for company names, stock types, and prices.

Feinzeitliche Werte

Table listing various goods such as flour, oil, and sugar with their respective prices and grades.

Fortlauf. Notierungen

Table with columns for currency types and rates for various dates and locations.

Aktien

Table listing various stocks and their current market prices.

Prezianlenze

Table listing various types of bonds and their prices.

Schwarz

Table listing various types of bonds and their prices.

Stadtsachen

Table listing various municipal bonds and their prices.

Schuldverschreibung

Table listing various types of bonds and their prices.

Banken

Table listing various banks and their financial indicators.

Landshafen

Table listing various land-related assets and their prices.

Konvert. Oblig.

Table listing various types of bonds and their prices.

Autl. Staatsanleihen

Table listing various types of bonds and their prices.

Autl. Eisen-Oblig.

Table listing various types of bonds and their prices.

Verkehr

Table listing various transportation companies and their prices.

Kolonial-Werte

Table listing various colonial assets and their prices.